

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
abgelehnt
Eing.: 29. JUNI 2020
PGL-547831-2020-KVPIGAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

(AB)

12

Die neue
Volkspartei
Rathausklub Wien

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte DI Elisabeth OLISCHAR, Mag. Manfred JURACZKA und Dr. Fritz AICHINGER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 29.06.2020 zu Post 1 der Tagesordnung (Generaldebatte)

betreffend Einbindung der Bezirke beim Gemeindepaket

Das Coronavirus hat nicht nur eine weltweite Pandemie ausgelöst, sondern auch eine weltweite Wirtschaftskrise. Die Bundesregierung hat deshalb ein umfassendes 50 Mrd. Euro Paket beschlossen, um Arbeitsplätze bzw. Unternehmen zu retten, Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft auszulösen sowie die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu entlasten. Davon profitiert auch Wien maßgeblich, beispielsweise durch die Kurzarbeitsregelung, die rund 300.000 Arbeitsplätze erhalten hat, die Steuerstundungen, die bereits von 65.000 Unternehmen in Anspruch genommen werden und durch den mit 238 Mio. Euro bei weitem größten Anteil am Gemeindepaket. Ergänzend zu den Maßnahmen auf Bundesebene sollen nun auch auf Landesebene Entlastungsmaßnahmen gesetzt werden.

Dabei kommt dem im Nationalrat beschlossenen Gemeindepaket eine besondere Bedeutung zu. Laut dem vorliegenden Rechnungsabschluss lagen die Investitionen im Jahr 2019 bei rund 1,31 Mrd. Euro und somit um 282 Mio. Euro unter dem Vorschlag. Betrachtet man den Zeitraum 2010 bis 2019 sind die Investitionen der Stadt Wien sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zu den Ausgaben gesunken. Mit dem Gemeindepaket, dass 50% der Gesamtkosten des jeweiligen Projekts abdeckt, soll nun ein Investitionsschub für Wien ausgelöst werden. Dazu ist es einerseits notwendig, Projekte zeitnah vorzulegen, um die entsprechenden Mittel abzurufen, andererseits auch die Bezirke intensiv bei der Auswahl der Projekte einzubinden. So haben beispielsweise die Innere Stadt mit dem Schwedenplatz oder Hietzing mit der Kennedybrücke erste Ideen für Investitionsprojekte präsentiert, in anderen Bezirken (z.B. Mariahilf) gibt es bereits einstimmige Beschlüsse des Bezirksparlaments für ein konkretes Projekt. Eine rasche Umsetzung wäre ein wichtiger Schritt, um die Investitionstätigkeit anzukurbeln und Wien aus der Corona-Krise herauszuführen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales wird als zuständiges Mitglied der Wiener Landesregierung aufgefordert, zeitnah Projekte für die Abrufung der Mittel aus dem Gemeindepaket des Bundes vorzulegen und bei der Erstellung die Bezirke intensiv einzubinden und deren Projektideen aufzunehmen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 29.06.2020

B. Blidius J. Juraczka